

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Vorschläge zur Einigung.

### Wandervogel ist hoffnungsvoll. — Militärische und juristische Sachverständige an der Arbeit.

Brüssel, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In den hiesigen Regierungskreisen betrachtet man den Ausgang der Verhandlungen in Genf auf Grund der von Wandervogel vorliegenden amtlichen Berichte optimistisch und hält eine Einigung bis zum Ende dieser Woche für unbedingt wahrscheinlich. Hinsichtlich der Kontrollfrage hat sich nach den hiesigen amtlichen Mitteilungen Frankreich der deutsch-englisch-belgischen Interpretation des § 213, nach der eine Völkerbundskontrolle nicht ständlich sein kann, stark genähert. Dagegen glaubt man andererseits, daß sich Deutschland mit dem Völkerbundsprotokoll von 1924 als Provisorium abfinden wird und zwar unter der Voraussetzung, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission sofort zurückgezogen wird. Im Mittelpunkt der Genfer Debatten steht augenblicklich der belgische Vorschlag, die Ueberwachung in der nicht militarisierten Rheinlandzone entsprechend der Lugemburger Entscheidung mit Deutschland als gleichberechtigtem Teilnehmer vorzunehmen.

Auf deutscher Seite werden, wie der Brüsseler Korrespondent des „Soz. Pressendienst“ von zuständigen Stellen in Brüssel über die Bestrebungen der deutschen Delegation in Genf weiter erfährt, starke Anstrengungen gemacht, um den Eintritt in die koloniale Mandatskommission zu erreichen. Diese Bemühungen sind augenblicklich aber fast so gut wie aussichtslos. Im übrigen aber verläutet, daß die Geschichte des Ankaufs der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, ganz allgemein betrachtet, die Stellung der deutschen Delegation in Genf stark belastet.

### Deutschland soll selber kontrollieren!

London, 8. Dezember. (E.P.) Wiederum melden die „Times“ in ihren Berichten aus Genf, daß nach vor Ende der Woche ein Abkommen zwischen den Mächten in der deutschen Frage erzielt werden würde, das, wenn es nicht an sich selbst endgültig sein werde, dennoch die Grundlage für ein endgültiges Abkommen bilden würde. Die Methode von Locarno scheint wiederum den Erfolg davonzutragen. Auf französischer Seite fühle man, daß es unmöglich sei, etwa auf Grund des Versailler Vertrages auf einer besonderen Kontrolle für das Rheinland zu bestehen. Die „Times“ nehmen in einem Leitartikel in scharfer Weise gegen ein weiteres Fortbestehen der Interalliierten Kontrollkommission Stellung. Diese sei veraltet und ohne jeden praktischen Nutzen. Sie verhindere nur die Entwicklung der neuen internationalen Politik in Europa. Die Aufgabe in Genf bestehe eigentlich darin, alte Formen ohne Voreingenommenheit entsprechend der Verhandlungslage umzuformen. Die „Times“ befürworten eine unmittelbare Einigung zwischen Frankreich und Deutschland, sieht jedoch eine Möglichkeit zur Einigung darin, daß die Räumung des Rheinlandes durch eine entsprechende Inspektion der entmilitarisierten Zone erzielt wird.

Der „Daily Herald“ weist darauf hin, daß die englische Forderung in der Frage der Einschränkung des Exports von Kriegs-

material die Verhandlungen nur erschweren könnte, da man nicht mit Unrecht einen Angriff gegen die deutsche chemische Industrie zugunsten der englischen hierin erblicken könne, und führt aus, daß damit die Frage der Militärkontrolle eine breite Basis angenommen habe.

### Der gestrige Tag der Sachverständigen.

Paris, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Morgenpresse spricht von dem gestrigen Tag in Genf als „dem Tag der Sachverständigen“. „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß sie den Auftrag haben, den Vorbehalt Stresemanns über den permanenten Charakter der Investigation in möglichst weitgehendem Maße Rechnung zu tragen. Die Ergebnisse der juristischen Beratungen sollen ähnlich wie bei dem Pakt von Locarno schließlich in einem Sonderdokument zusammengefaßt werden.

Der Sonderkorrespondent des „Petit Journal“ in Genf weiß darüber hinaus zu melden, daß die Frage einer Räumung des Rheinlandes in den letzten Tagen starke Fortschritte gemacht hat. Es sei in der Besprechung zwischen Briand und Stresemann ausführlich von ihr die Rede gewesen. Briand habe Stresemann aufgefordert, ihm Vorschläge zu unterbreiten. Diese Vorschläge seien zwar bisher von Stresemann nicht gemacht worden, aber nichtsdestoweniger existierten sie und befänden sich in den Händen der Sachverständigen. Es handle sich dabei um die Ausarbeitung eines Kontrollsystems für die demilitarisierten Rheinlande, das Deutschland nicht ausgenutzt, sondern das es freiwillig annehmen würde. Deutschland werde es mit anderen Mächten, die in Locarno den Rheinpakt abgeschlossen haben, unterzeichnen.

### „Anpassung“ des Protokolls.

Genf, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstagabend sind die drei juristischen Sachverständigen der Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zusammengetreten, um das Investigationsprogramm von 1924, d. h. seine Umgestaltung und Anpassung an die veränderten Verhältnisse zu beraten. Es verläutet, daß sich die erlösende Formel hauptsächlich in der Richtung bewegt, an den Investigationsplänen des Völkerbundes vom Jahre 1924/25 einen Anhang zu machen, in welchem den deutschen Bedenken gegen den Plan Rechnung getragen wird. Es könnte sich natürlich auch hierbei nur um eine provisorische Lösung handeln, so daß die Vereinfachung des Investigationsplanes einer späteren Tagung des Rates zufallen würde.

### Stresemann erkrankt.

Genf, 8. Dezember. (W.T.B.) Reichsminister Dr. Stresemann, der sich eine leichte Erkältung zugezogen hat, ist ohne Fieber. Auf Vorschlag des Arztes wird er jedoch auch heute nachmittag nicht an der Ratssitzung teilnehmen.

### Frankreichs Abwehrrüstungen.

#### Eine humoristische Erklärung Painlevés.

Ueber die Truppenbewegung in Südostfrankreich vom Abgeordneten Simon Reynaud in der Kammer befragt, gab Kriegsminister Painlevé eine Erklärung ab, die wie ein Witz klingt, aber in Wirklichkeit eine deutliche Mahnung an Mussolini enthält:

„Ich möchte die öffentliche Meinung Frankreichs beruhigen. Ich brauche kaum zu betonen, daß die Regierung nicht die Absicht hatte, irgendeinen französischen Soldaten nach China zu schicken, wie dies in den Blättern behauptet wurde. Aus Marokko sind in der letzten Zeit Truppen zurückgekehrt. Dies hat eine Umgruppierung gewisser Garnisonen in Südfrankreich an der italienischen Grenze nach sich gezogen. Weder die französische öffentliche Meinung noch die Meinung des Auslandes mögen darin den Anlaß zu irgendeiner Beunruhigung sehen. Frankreich wird in China nicht intervenieren.“

Daß Truppenentsendungen nach China beabsichtigt seien, ist bisher weder in diesem noch in einem anderen Zusammenhang von irgend jemand behauptet worden. Auch die Truppentransporte aus Marokko haben mit der Angelegenheit offensichtlich nichts zu tun. Painlevé hätte ebensogut erklären können, er bestreite entschieden, daß die Truppenbewegungen an der italienischen Grenze sich gegen Litauen oder Regio richteten.

### Neuer Faschistenüberfall in Ventimiglia.

Paris, 8. Dezember. (E.P.) Nach einer Meldung aus Nizza hat sich in der vergangenen Nacht ein neuer Zwischenfall im Bahnhof von Ventimiglia ereignet. Ein Schiffsaal, in dem sich französische Eisenbahner befanden, wurde von einer Gruppe faschistischer Missetäter überfallen, die den Schiffsaal eingehend durchsuchte. Infolge dieses Zwischenfalles haben die französischen Eisenbahner erklärt, daß sie die Züge in Zukunft nicht mehr über die Grenze führen werden.

Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm einen Antrag an, monach die Anwälte der Amtsgerichte ohne jede Einschränkung auch an den übergeordneten Landgerichten zugelassen sein sollen. Diese Bestimmung soll mit dem 1. April 1927 in Kraft treten.

## Der Genfer Kampf.

### Militärkontrolle. — Völkerbundsaußsicht. — Räumung. — Rheinlandkontrolle.

Bei den Genfer Verhandlungen handelt es sich um vier, wohl von einander zu unterscheidende Probleme: die Beendigung der Militärkontrolle, um die Einigung über die Völkerbundsaußsicht, die Räumung des Rheinlandes und um eine Kontrolle der entmilitarisierten Zone.

Die Militärkontrolle ist eine „interalliierte“ Angelegenheit, sie wird deshalb von der Botschafterkonferenz der „Alliierten“ in Paris formell entschieden. Sie fällt ihre Entscheidung auf Grund der Berichte der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin und dem Gutachten des interalliierten Militärkomitees in Versailles. Um eine Einigung über die noch ausstehenden Streitpunkte — Kasernen, ostpreussische Befestigungen, Stärke der Polizei — schnell zu erzielen, ist der deutsche General Pawels nach Paris gefahren, um dort mündlich mit den interalliierten Militärstellen eine Einigung zu erzielen. Dies geschah gestern; der gestrige Dienstag wird daher von der Pariser Presse als ein „Tag der Sachverständigen“ bezeichnet. Ein Bericht über die Einigungsvorschläge, die diese Sachverständigen gestern in Paris angebracht haben, und über die Meinungsverschiedenheiten, über die sie sich nicht einig sind, ist von dem Generalsekretär der Botschafterkonferenz nach Genf gebracht worden. In Genf wird zwischen den Außenministern also erstens darüber verhandelt, inwieweit sie die Vorschläge der Sachverständigen annehmen, ablehnen, ergänzen oder erweitern wollen. Ist zwischen ihnen eine Einigung erfolgt, dann kann die Botschafterkonferenz zusammentreten und über die Zurückziehung der Militärkontrolle beschließen. Der deutsche Standpunkt ist dabei, daß die deutsche Entwaffnung erledigt ist und die Interalliierte Kontrollkommission ihre Befehlsberechtigung verloren hat. Die Gegenseite scheint sich diesem Standpunkt anzunähern.

Formell davon unabhängig, aber dennoch gleichzeitig, wird in Genf zwischen den Ministern — oder in ihrem Auftrage zwischen ihren Rechtsachverständigen Gaus, Fromageot und Crowe — über das sogenannte Investigationsprotokoll des Völkerbundes verhandelt. Dies Protokoll ist 1924, als Deutschland noch nicht Bundesmitglied war, vom Rate beschlossen worden. Es enthält die Ausführungsbestimmungen zu dem kurzen Artikel 213 des Friedensvertrages, in dem sich Deutschland verpflichtet hat, „jede Untersuchung seiner Militärverhältnisse zu dulden, die eine Mehrheit des Völkerbundesrates für notwendig erachtet“. Dieses „Protokoll“ regelt also das Verfahren im Rate, wenn ein Antrag (z. B. von Frankreich oder Polen) gestellt wird, festzustellen, ob Deutschland gegen die Abrüstungsvorschriften gefehlt hat; es bestimmt die Größe, Zusammenfügung und Befugnisse der Untersuchungskommission, die dann nach Deutschland entsandt werden muß. Das Protokoll sah gleichzeitig vor, daß der Rat „ständige Elemente“ in der entmilitarisierten Zone stationieren könne und ging damit über den Friedensvertrag hinaus, der keine dauernde Kontrolle, sondern nur Untersuchungen von Fall zu Fall vorsieht. Da dieses Protokoll aber nun nur durch einstimmigen Ratsbeschluß geändert werden könnte, wird jetzt darauf verzichtet, es im ganzen von neuem zur Debatte zu stellen. Der Weg des Kompromisses läuft scheinbar dahin, daß man sich durch ein „Zusatzprotokoll“ darüber einigt, welche Bestimmungen Deutschlands nicht anzuerkennen braucht. Das wird die Anpassung an die durch den deutschen Völkerbundeintritt geänderte Lage genannt.

Die endgültige Gestaltung dieses Zusatzprotokolls hängt von der Einigung, die über die Räumung des Rheinlandes in Aussicht genommen ist, ab. Statt sich mit den in Locarno gegebenen Sicherheiten zu begnügen, will Frankreich noch wieder eine Sicherheit, bevor es die Truppen zurückzieht. Die französische Öffentlichkeit scheint allerdings eingeschoben zu haben, daß ohne Räumung keine Verständigungspolitik möglich ist. Aber trotzdem will Frankreich diese Räumung nicht ohne neue Konzessionen. Diese neuen Sicherheiten sollen darin bestehen, daß sich Deutschland mit einer Ueberwachung des Rheinlandes abfindet. Die Gefahr, daß diese Ueberwachung die Form der „ständigen militärischen Elemente“ annimmt, die das Investigationsprotokoll vorsah, scheint beseitigt. Dagegen steht zur Debatte, ob Deutschland lieber auf eine frühzeitige Räumung verzichtet, so daß dann keine besondere Ueberwachung des Rheinlandes mehr stattfindet, oder ob das Rheinland bereits in nächster Zeit völlig geräumt wird, dafür aber Deutschland sich mit einer Ueberwachung der entmilitarisierten Zone abfindet — die ja wesentlich größer ist als das besetzte Rheinland. Hierbei geht der diplomatische Kampf erstens darum, wie eine solche Ueberwachung eingerichtet werden soll — ob sie z. B. aus Zivilisten, wie z. B. Konsuln der Rheinpaktmächte, mit oder ohne Hinzuziehung deutscher Vertreter bestehen soll. Zweitens dreht es sich darum, ob eine solche Rheinlandaußsicht nur solange vorhanden sein soll, wie die Alliierten das Rheinland besetzt halten dürfen, oder ob sie für die Dauer eingerichtet wird. Beides wäre eine große Konzession Deutschlands, da weder die Rheinlandaußsicht auf Zeit noch die auf Dauer im Friedensvertrag vorgesehen ist. Im Gegenteil sieht der Friedensvertrag eine konzeptionslose frühere Räumung ausdrücklich für den Fall vor, daß Deutschland seine Abrüstungsverpflichtungen erfüllt hat und seine Reparationszahlungen gesichert erscheinen.

### Sowjetgranaten für die Reichswehr.

#### Und Kampfflugzeuge aus Sowjetrußland obendrein.

Wir sind auf einem kläglichen Rückzug. Unser Enthüllungsschwindel über die Sowjetgranaten ist völlig zusammengebrochen. So steht es in der „Roten Fahne“, damit die kommunistischen Arbeiter nicht kopfscheu werden vor der Sowjetrepublik, die ihnen Brüdergrüße schickt, der Reichswehr aber Granaten und Kampfflugzeuge.

Aber warum sind wir auf einem kläglichen Rückzuge? Weil wir die Veröffentlichung des „Manchester Guardian“ über die Junkers-Werke abgedruckt haben. Eine Flugzeugfabrik — weiter nichts, so sagt die „Rote Fahne“, das ist nicht neu. Wir wissen nicht, ob sie Bomben aus Kampfflugzeugen für harmloser hält als Sowjetgranaten? Sie findet nichts daran, daß die Reichswehr ohne Bewilligung des Parlamentes sich eine Flugzeugfabrik in Rußland einrichtet. Sie darf nichts daran finden.

Aber diese Flugzeugfabrik — hinter der verschwindet alles andere. Wenn der „Vorwärts“ die Enthüllungen des „Manchester Guardian“ über die Junkers-Werke veröffentlicht, dann ist nicht mehr wahr, was er vorher veröffentlicht hat — das ist die Logik der „Roten Fahne“. Wenn wir künftig etwa Herrn Gehler öffentlich auf illegale Beziehungen der Reichswehr zu Rechtsverbänden in Sibirien stellen würden, dann ist nicht mehr wahr, was wir über solche illegale Beziehungen in Fulda gesagt haben.

Die verantwortlichen Kreise in der Reichswehr und Herr Gehler haben vielleicht dumme Verteidiger — die Kommunisten sind doch die dümmsten von ihnen.

Es bleibt — trotz Junkers! — wahr, daß die Reichswehr Sowjetgranaten bezogen hat und noch bezieht, es bleibt dabei, daß Reichsmehrmunition im Kubangebiet fabriziert wird, es bleibt bei den Transporten über Stettin und manchem anderen, darunter auch bei der Fabrikation von deutschen Kampfflugzeugen durch Junkers in Rußland.

Vielleicht fragt die „Rote Fahne“ im Reichswehrministerium an? Es würde ihr gut anstehen.

Das Jögern der „Militären“, durch die Botschafterkonferenz die deutsche Entwaffnung als erfüllt erklären zu lassen, bezweckt, die Räumung so teuer wie möglich zu verkaufen. Jede überflüssige Ueberfärbung der Entwaffnungsvorchriften durch die „schwerfällige“ Reichswehr zwingt andererseits die deutsche Politik zu Konzessionen, will sie die frühere Räumung erwirken.

## Scholz, der Scherenschläger. Keine „Stille“ Koalition.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ beschwert sich darüber, daß wir einen unkontrollierten Bericht der Ill. über die Insterburger Rede des Herrn Scholz zum Ausgangspunkt einer Aktion gemacht hätten. Sie selbst aber gibt die Rede nach einem Bericht der „Königsberger Allgemeinen“ wieder, der sich mit dem der Ill. deckt. Herr Scholz führte zunächst aus, die Volkspartei treibe den Deutschnationalen „natürlich näher“ als der Sozialdemokratie; dann fuhr er fort:

Der Vorteil einer rein bürgerlichen Regierung wäre ein zwangloseres Zusammenarbeiten als mit der Sozialdemokratie. In der Großen Koalition wäre ein Arbeiten mit der Sozialdemokratie in der eminent wichtigsten und entscheidenden Frage des Arbeitszeitgesetzes und ferner in der Stellung dieser zur Reichswehr unmöglich, die dauernden Angriffe gegen die gegenwärtige Zusammenlegung der Reichswehr und vor allem gegen ihre Offiziere und Führer sind für die Volkspartei unerträglich. Es geht nicht an, daß ein parlamentarischer Ausschuss über den Erfolg der Reichswehr bestimmend mitzuwirken hat, um aus ihr eine Kerntruppe von überzeugten Republikanern im sozialistischen Sinne zu machen. Eine dauernde Koalition mit der Sozialdemokratie wäre auf keinen Fall möglich, höchstens ein emphatisches Gebilde auf Monate oder Wochen. Wir werden darauf dringen, daß die Regierung der Mitte voll dem gerecht wird, was ihr der Reichspräsident als Aufgabe mit auf den Weg gegeben hat, sachliche Politik zu treiben und sich für ihre sachlichen Entscheidungen Mitstreiter zu suchen, die auf dem gleichen sachlichen Boden zu bringen sind. Zwei praktische Beispiele: das Gesetz über die Erwerbstätigenversicherung war nur mit Hilfe der Sozialdemokratie gegen das törichte Verhalten der Deutschnationalen möglich, während das Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien bei dem Gesetz gegen Schund und Schmutz einen vollen Erfolg der Deutschen Volkspartei in der Zusammenfassung aller bürgerlichen Kräfte bedeutet. Wir werden sachlich und partiellisch verfahren, Hilfe zu finden, wo wir den Nutzen gemeinsamer, erfolgreicher Arbeit erwarten dürfen. Die Deutsche Volkspartei steht das Ideal in dem Zusammenarbeiten aller bürgerlichen Parteien und Absicht. Zu dieser Entwicklung Kern und Ausgangspunkt zu sein, ist die einwältige Ansicht der Reichstagsfraktion.

Daraus geht klar hervor, daß die Volkspartei zwar bereit ist, gelegentlich und wenn es schon gar nicht mehr anders geht, auch die Sozialdemokratie als Koalitionspartner und Rückenstütze anzunehmen, daß sie aber dabei stets daran denkt, sich der unangenehmen Gesellschaft so rasch wie möglich zu entledigen und in die Arme der Deutschnationalen zurückzuführen.

Dieser Politik entsprechend hat die Volkspartei auch das Abkommen durchkreuzt, das der Reichskanzler Marx mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geschlossen hatte. Nach diesem Abkommen, das den Zweck hatte, der deutschnationalen Sabotage entgegenzuwirken, sollte zwischen der Sozialdemokratie und den Parteien der Mitte über die laufende Gesetzgebung eine Verständigung angebahnt werden. Schon damals wurde berichtet, daß sich die Volkspartei durch Herrn Scholz sofort gegen diese Verständigung ausgesprochen habe. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ bestätigt das, indem sie schreibt:

Es ist seitens der Deutschen Volkspartei bei allen maßgebenden Verhandlungen, insbesondere dem Herrn Reichskanzler gegenüber, darauf hingewiesen worden, daß sie eine feste Bindung einzugehen, nicht bereit sei, und daß sich die Parteien bei allen zu lösenden Aufgaben das Recht vorbehalten müßten, nach Lage des

einzelnen Falles zu prüfen, ob sie ein vorliegendes Gesetz mit der Rechten oder der Linken zu verabschieden imstande sind.

Damit ist klar ausgesprochen, daß die Volkspartei das zwischen Marx und den Sozialdemokraten geschlossene Abkommen sofort wieder zerklüftet hat. Diese Feststellung genügt. Sie beleuchtet die Situation blühend.

## Unternehmer gegen Hauszinssteuer.

### Die Inflationsgewinne sollen dem Hausbesitz gehören.

Die Zentralverbände der deutschen Unternehmer in Industrie, Banken, Groß- und Kleinhandel veröffentlichen eine Entschiedenheit, die den Behörden des Reiches und des preussischen Staates überreicht worden ist, gegen die Hauszinssteuer. Die Kundgebung verlangt zum wiederholten Male den Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, gegen den wir bereits heute im Morgenblatt Stellung genommen haben, und gipfelt in der Forderung, daß der Geldentwertungsausgleich beim bebauten Grundbesitz befristet werden soll. Natürlich fehlt es in der Begründung nicht an Vorwänden, die diesen begreiflichen Wunsch der Unternehmer und der Häuserpekulanten volkswirtschaftlich und moralisch rechtfertigen sollen.

Nun bestehen auch bei den Anhängern der Gemeinwirtschaft keine Zweifel darüber, daß die Hauszinssteuer als Mittel im Kampf gegen die Wohnungsnot nur eine Notlösung ist. Die Kundgebung ist also überflüssig, soweit sie einen Bestandteil des Kampfes für eine vernünftige Wohnungspolitik sein soll. Denn die Notwendigkeit einer Zwangswirtschaft nimmt in demselben Tempo ab, wie es gelingt, den breiten Volksmassen ausreichende und erschwingliche Wohnraum zu beschaffen. Bis zur Erreichung dieses Zieles aber ist der Weg noch weit, und er wird dadurch nicht verkürzt, daß man eine Hebe gegen die öffentliche Bautätigkeit inszeniert und die Hauszinssteuer als solche angreift.

Der Sinn der Kundgebung ist in Wirklichkeit der, daß auf Kosten der Mieter der Hausbesitz zu seinen Inflationsgewinnen kommen, die Boden-, Terrain- und Hypothekenspekulationen befruchtet werden soll. Dazu wird die Sozialdemokratie niemals ihre Hand reichen. Nun ist aber die Regelung der Hypothekenauswertung in der Annahme erfolgt, daß die Allgemeinheit einen Teil der Inflationsgewinne, sei es als Steuer, sei es zur Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau, auf längere Zeit hinaus braucht. Wenn nun ein paar wortreiche Unternehmer indigi glauben, daß diese Voraussetzung hinfällig geworden ist, so wird es schwer fallen, die Wünsche der Rentner nach einer höheren Aufwertung der alten Grundschulden zurückzumeisen. Diese Ansprüche, die den politischen Parteien des Bürgertums einmal sehr unangenehm in den Ohren klingen kann, scheinen die Führer der Unternehmerverbände nicht bedacht zu haben. Gerade deshalb ist es nicht ganz unzweckmäßig, darauf hinzuweisen, weil ja der Kundgebungseifer der sogenannten „Führer der Wirtschaft“ jetzt täglich merkwürdigere Blüten treibt und immer weiteren Kreisen zeigt, was die Sozial- und Mittelstands-, politisch der Unternehmerverbände tatsächlich wert ist.

## Deutsch-polnische Verständigung.

### Zu den Handelsvertragsverhandlungen.

Warschau, 8. Dezember. (Ost-Express.) Gen. Abg. Diamond, Delegierter Polens zu den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland, wurde heute vom Staatspräsidenten empfangen. Dieser Besuch soll u. a. mit der Frage der Verhandlungen in Zusammenhang gestanden haben. — Einem Vertreter des „Kurjer Poranny“ gegenüber sprach sich Diamond über die Berliner Verhandlungen recht hoffnungsvoll aus. Er erkannte die lokale Haltung Deutschlands bei dem Durchgangsverkehr polnischer Kohle über Hamburg und Stettin während des englischen Bergarbeiterstreiks an. Diamond erwartet, daß die Erkenntnis beiderseitiger Vorteile zum Abschluß des Handelsvertrages führen wird, nach dessen Abschluß der jährliche Warenaustausch zwischen Deutschland und Polen leicht eine Milliarde Goldmark überschreiten dürfte.

## Warschau „Schwarzes Kabinett“.

### Die Telephongespräche werden abgehört.

Warschau, 8. Dezember. (WTB.) Im Haushaltsausschuss des polnischen Landtages wurde gestern bei der Beratung des Post- und Telegraphenbudgets von einer Reihe von Abgeordneten lebhaft Klage geführt darüber, daß in Warschau sowohl die Orts- als auch die Ferngespräche in sogenannten schwarzen Kabinetten und Funktionen der Polizei abgehört werden. Der Referent für das Postbudget, der christlich-demokratische Abgeordnete Raczkinski, stellte fest, daß das Abhören der Gespräche noch im gegenwärtigen Augenblick andauere. In der Warschauer Telephonzentrale befänden sich vier Zellen, in denen Funktionäre der politischen Polizei den besonderen Dienst des Abhörens versehen. Diese Polizeilaganten verfaßten dann auch Protokolle über die abgehörten Gespräche. Der Vertreter der polnischen Postdirektion gab in seiner Antwort die Tatsache des Abhörens der Gespräche zu, indem er erklärte, er hätte seinerzeit festgestellt, daß „irgendwelche Personen die im Fernsprecher geführten Gespräche abhören“. Die Ausschussdebatte über die schwarzen Kabinette hatte in Sejmkreisen großes Aufsehen hervorgerufen.

## Die lettische Regierung gestürzt.

### Infolge Unzufriedenheit der Minderheitsvölker.

Riga, 8. Dezember. (WTB.) Das Kabinett Alberings ist infolge eines mit 51 gegen 6 Stimmen erfolgten Parlamentsbeschlusses zurückgetreten, wodurch die Antwort des Ministerpräsidenten auf eine Anfrage, warum er seit August keinen Finanzminister ernannt habe, für unbefriedigt erklärt wurde. Die Regierung hat die Unterstützung der deutschen und jüdischen Abgeordneten verloren, nachdem in der vorigen Woche die Gesetzesvorlage abgelehnt worden war, die den Minderheiten die erwünschte Erweiterung der Personenzahl, die zum Erwerb der Bürgerrechte berechtigt ist, bringen sollte.

## Jugoslawien protestiert gegen Mussolini.

### Ginspruch bei den Mächten

### gegen den albanisch-italienischen Vertrag.

Belgrad, 8. Dezember. (Ill.) Wie die „Politica“ meldet, hat Rinschitsch eine Note an die Großmächte gerichtet, in der auf die den Verträgen widersprechenden Bestimmungen des albanisch-italienischen Vertrages hingewiesen und auf die Gefahren aufmerksam gemacht wird, die aus diesem Vertrage für den Balkan entstehen könnten.

### Aufhebung des Völkerbundes?

Belgrad, 8. Dezember. (Ill.) Ein hochgestellter Belgrader Politiker erklärte ausländischen Pressevertretern, daß Jugoslawien den Völkerbund anrufen werde, um die Anerkennung des italienisch-albanischen Vertrages mit allen Mitteln zu verhindern. Sollte sich der Völkerbund auf die Seite Italiens stellen, so würde Jugoslawien nichts anderes übrig bleiben, als aus dem Völkerbund auszutreten. Der italienisch-jugoslawische Vertrag sei jedenfalls durch den Vertragsabschluß zwischen Italien und Albanien hinfällig geworden, da Italien es verabsäumt habe, den Vertragsbestimmungen entsprechend Jugoslawien von der neuen Bindung zu unterrichten. Dr. Rinschitschs Rücktritt sei selbstverständlich gewesen, nachdem seine Politik durch das Vorgehen Italiens in so peinlicher Weise blockiert wurde.

In politischen Kreisen Jugoslawiens herrscht außerordentlich unruhige Stimmung. Man spricht sogar von der Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen mit Italien im kommenden Frühjahr. Militärische Vorbereitungen werden getroffen. An der albanischen Grenze wird eine Umgruppierung und Verstärkung der jugoslawischen Truppen vorgenommen.

Genosse Otto Braun hat sich vor einigen Tagen beim Bestelgen des Autos einen Bluterguß im Arme zugezogen. Die Heilung wird einige Zeit in Anspruch nehmen.

## Nächtlicher Trauermarsch.

Von Heinz Eisgruber.

Der Himmel war wolken- und nachverhangen. Regenschauer flachten an die Stämme der ächzenden Chausseebäume. Windböhe ließen die Drähte aufheulen, durch die der elektrische Strom geschäftige Sinnlosigkeit jagte.

Aus dieser unbarmherzigen Landschaft kam, armselig und gespenstig, ein Mann. Sein Leib war gepiekt und zerschlagen und verhungert. Seit vielen, vielen, unzählbaren Wochen schleppte er ihn von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt. Vorwärts, immer vorwärts. Von Hoffnung zu Hoffnung. Von Sinnlosigkeit zu Sinnlosigkeit. Die Großstadt hatte ihn ausgespien und durch die Lande gejagt. Jetzt wandte er wieder der Großstadt entgegen. Rückwärts, immer rückwärts.

Die Chaussee, deren Schlammrücken Johannes Schreifogel, der Musiker und Landstreicher, heute zehn Stunden durchwaltet hatte, war zu Ende. Die ersten Häuser der Stadt warfen rötliche Lichtstrahlen in die stöhnende Nacht. In Schreifogels dumpfer Seele erwachten die Hoffnungsgelüste und warfen Anker aus.

Schritt für Schritt, gegen Regen, Hunger, Wind und grenzenlose Müdigkeit kämpfte sich Schreifogel voran. Dem Licht entgegen. Aus verschüttetem Winkel klang ihm eine Melodie in die Kehle, wie er sie oft von Arbeitertruppen gehört hatte: „Immer vorwärts, auf die Höhen. . .“ Sie brach ab, unermittelt, wie sie gekommen war. Ein lassendes Gelächter leuchtete zwischen Schreifogels bläulichen Lippen hervor.

Er glaubte an keine Höhen mehr. Für ihn gab es keine Höhen, keinen Anstieg. Abstieg auf der ganzen Linie. Landstraße. Sumpf. Hunger. Dreck. Würsichtigkeit. . . „auf die Höhen“? Seine blecherne Stimme überschlug sich schrill und verstickte gluckend.

Aber die Hoffnung ist ein hartnäckig Ding. Sie löst keinen so schnell aus den Krallen. Sie ließ auch den Johannes Schreifogel nicht. Du bist jung! piffte sie ihm ins Ohr, noch so jung!

Schreifogel blünte die Pille zu sich. Er spie sie wieder aus. Ich? Was bin ich? Ich bin ein Lump! Ich habe Lumpen auf dem Leib! Und Dreck! Und Angeleier! Ich habe Hunger im Leib! Und franks Därme! Und dünnes Blut! Ich bin angegriffen. Ich glaube nicht mehr an die Menschen! Und an keine Gerechtigkeit glaube ich! Ich habe gearbeitet! Mit Leib und Seele. Sie haben mir die Arbeit genommen. Ich habe arbeiten gewollt! Sie haben mich durch Brillen schlief angelehrt. Und mit den Schultern gezuckt. Und jetzt renne ich wie ein gefangenes Tier im Sitterkäfig auf und ab, auf und ab. Und habe Hunger. Und habe Müdigkeit im Leib, die nicht heraus kann. Und habe Hunger. Und keine. Und lüge. Und stehe. Bin ich noch jung?! Und ducke mich! Und habe Angst vor jeder Uniform und vor jedem Stehfragen! Und drückte mich

umher wie ein räudiger Hund, der von Fußtritten lebt! Bin ich noch jung? He! Also, bin ich noch jung!

Schreifogel lehnte verschraubend seinen elenden Leib an die stählernen Pfeiler des Eisenbahnviadukts, der ihn jetzt in seinen Schutz nahm. Er versank allmählich in jenen gedankenlosen, tierhaften Halbschlaf, den ihn die Monotonie der Landstraße gelehrt hatte. Den die Natur mit glücklicher Hand jenen ihrer Creaturen schenkt, die weder Tier noch Mensch sein dürfen.

Ein leises Jittern der Eisenstreben ließ ihn wieder erwachen. Sanftem bog er sich vornüber und stolperte aus dem Schatten des Damms. Von links her wuchs ein Licht aus dem Dunkel, teilte sich, zwei Lichtegel glitten, von metallenen, immer stärker anwachsendem Donner begleitet, auf dem Bahndamm heran und vorüber. Großes, glänzendes Licht aus warmen, behüteten Wagenabteilen stach schmetternd in die schmerzenden Augen des Landstreichers.

Aus dem geschundenen, ausgestoßenen Herzen dieser lebensentrechteten Kreatur redete sich brandroter Haß hoch und schüttelte die Fäuste wider die Geborgenheit der anderen. Die Nacht wurde weiß wie ein Leichentuch im Widerschein dieses Hasses. Als der letzte Lichtwagen an Schreifogel vorbeigedonnert war, schlug die Finsternis jäh und schwärzer denn zuvor wieder über ihn zusammen.

Schreifogel wachte erwüthert und stumpfsinnig weiter durch die Dunkelheit. Das Wasser in seinen schmerzigen Stiefeln gluckte. Die Lumpen klebten zäh und kalt an seinem Leibe. Die wunden Füße schmerzten grauham. Und der Hunger wühlte in den Eingeweiden.

Die ersten Häuser der Stadt schoben sich heran. Schreifogel hielt inne, als Löwe einer sanften Musik sein Ohr traßen. Seitens erregt, wie einer, der nach Jahren sein verlorenes Kind wieder sieht, trat er dem Fenster näher, aus dem die Töne zu kommen schienen. Das gedämpfte Licht, das aus den spiegelnden Glasscheiben tropfte, beschien sein verwildertes, aber nun von den melancholisch dahingleitenden Tönen entkrampft und verzücktes Antlitz. Selig hingegeben und selbstvergessen stand das frierende, durchwählte Lumpenbündel an den Gartenzaun gelehnt und sog durstig die sterbenstraurige Monotonie des Chopinschen Trauermarsches in seine Seele.

Als das Cantabile einsetzte, warf eine harte Hand das halb geöffnete Fenster zu. Die Musik riß ab gleich einer Ouelle, die plötzlich in den Boden zurückfiel. Ein Windstoß brachte Schreifogel ins Wanken. Noch einmal riß er den sinkenden Kopf nach den verschollenen Tönen empor.

Aber die Fenster der Behüteten und Geborgenen schloßen dicht. Und Schreifogel trottete trügerisch und mit geballten, blaugefrorenen Fäusten weiter. In die Finsternis, die ihn bald verschlang.

Ueber das Jäh-Blasterium spricht Dr. Wilhelm Wosung am 10. und 5. und am 12. und 7. Uhr in der Ura. Der Vortrag erläutert auch den technischen Apparat und behandelt die astrologischen Konstellationen.

## Das Problem der Schule im heutigen Staat.

### Ein Vortrag des Ministers Becker.

Ein rückhaltloses Bekenntnis zum neuen republikanischen Staat und — aus ihm heraus — zu einem neuen und höheren Bildungsideal war der Vortrag über „Das Problem der Schule im heutigen Staat“, den der preussische Kultusminister Dr. Becker im überfüllten Festsaal des Lehrervereinshauses vor den Vertretern und Gästen der Berliner Lehrerschaft hielt. Heute bestebe, so führte Dr. Becker aus, zwischen Lehrer und Schüler nicht mehr ein Vorgesetzten- und Untertanenverhältnis, sondern das Einleben in die Seele des Kindes sei das Streben der Lehrerschaft. Aber dieses Neue habe erst im neuen Staate seine rechte Auswirkungsmöglichkeit gefunden. Das Geistige habe wieder Macht gewonnen gegenüber dem Bildungsziel von früher, wo rein intellektualistisch die Uebermittlung bloßer Kenntnisse im Vordergrund gestanden habe. Dies sei vor allen Dingen an den höheren Schulen der Fall gewesen. Wohl sei die bloße Wissenschaft beispielsweise auch der Grundform der großen Bewegung des Sozialismus, der aber auf der andern Seite dem Volke den idealen Gedanken der Gemeinschaft übermitteln habe. Ein irrationaler Trieb würde sich heute auch in der Schule aus in dem Ergründetwollen des Persönlichen, in dem Drang nach dem „Wir“. Was wir erleben, möchte er als dritten Humanismus bezeichnen. Diesmal würde aber mit der Idee des Menschentums wirklich Ernst gemacht. Und hier sei die Volksschule der entscheidende Faktor. In der preussisch-deutschen Schule aber sei daneben der Staatsgedanke Ueberlieferung, und so müsse die Jugend selbstverwurzelt Glied des neuen republikanischen Staates werden. Aus diesem Grunde wäre es als verbrecherisch zu verurteilen, wenn Parteigruppen, die dem neuen Staat feindlich gegenüberstehen, ohne Gewissensnot auf dem heiligsten Gebiet der Erziehung Schülerstreiks in die Wege leiteten. (Stürmische Zustimmung.) Was den Kampf um die simultane und konfessionelle Schule angehe, so betenne er sich offen als Anhänger der Simultanerziehung, die sich im Laufe der Zeit siegreich durchsetzen werde. Aber gerade deshalb warne er, den konfessionell eingestellten Bruder zu vergewaltigen. Die Vergangenheit, so führte der Minister weiter aus, dürfe man nicht schmähern, aber von den Anhängern der Vergangenheit, denen gegenüber der neue Staat tolerant sei, müsse man Last verlangen. Die Schule sei die res publica im Kleinen, und der heutige Staat sei — und nach seiner festen Ueberzeugung werde er es auch bleiben — republikanisch. Und zur deutschen Republik, die human sein müsse von Grund aus, solle unsere Jugend erzogen werden zum Segen von Volk und Vaterland.

Humboldt-Hochschule: Dr. S. Wenzel spricht am 11. abends 8 Uhr, Dorothienstr. 12 über „Seelenwanderung“ Ursprung und Entwicklung der Seelenwanderungslehre von primitiven Anfängen bis zur Gegenwart. Eintrittspreis: 0,75 und 1.— Mark.

Ein internationaler Wettbewerb. Das kaiserliche Verkehrsministerium schreibt einen internationalen Wettbewerb für den Neubau der Meßstation über die Kemal in Rom aus. Bis zum 1. Februar 1927. Drei Preise in Höhe von 15 000, 10 000 und 6 000 Mk werden ausgesetzt.

## Die Wandlung der Kaserne.

Ein Miesebauprojekt in der Belle-Alliancestraße.

Die große südliche Ausfallstraße Berlins, die Belle-Alliance-Straße, hat in der letzten Zeit viele Wandlungen erfahren. Nach dem Bau der Nord-Süd-Bahn ist zunächst Ruhe auf ihrem Pflaster eingetreten und die alte Paradedstraße präsentiert sich heute in einer für den verstärkten Verkehr sehr annehmbaren Gestalt. Ein Wahrzeichen und gewissermaßen Symbol dieser Straße, die düstere Dragonerkaserne zwischen Teltower und Yorkstraße, gegenüber dem Friedhof, ist seit Jahren Domizil eines Finanzamtes und das Kasino der feudalen Dragoneroffiziere wird jetzt abgerissen, um einem Neubau von gewaltigen Ausmaßen Platz zu machen. Die Mauer, die diese Hofstätte preussischen Kastengeistes von der Straße abschloß, ist bereits gefallen und man blickt dahinter in einen arg verwilderten Garten, in dem noch einige alte Bäume blätterlos in den Winter träumen.

Es soll also hier ein Geschäftshaus von etwa 90 Meter Straßenfront gebaut werden. Das Erdgeschoss dieses Hauses wird moderne Läden enthalten, während teilweise im Erdgeschoss sowie im Obergeschoss ein großes Restaurant und ein Café eingerichtet werden sollen. Unmittelbar hinter diesem Gebäu ist ein Tischspielhaus mit 2000—3000 Sitzplätzen vorgesehen, dessen Jäger unmittelbare Verbindung mit den Restauranträumen haben soll. Eine große Terrasse an der Ecke Belle-Alliance- und Teltower Straße wird einen Ausblick auf den lebhaften Verkehr bieten. Die Ausschachtungsarbeiten für den ersten Bauabschnitt, das Geschäftshaus, haben bereits vor 14 Tagen begonnen, und man beschäftigt, das Gebäude trotz des bevorstehenden Winters bis zum Februar nächsten Jahres fertigzustellen. Der Bau wird vollständig aus Eisenkonstruktion hergestellt und mit Steinen ausgemauert werden. Um die Kasse trotz der nur dünnen Mauern abzuhalten, werden Korkholerplatten eingebaut werden, so daß das Gebäude Bitterungseinflüssen gegenüber ebenso standhaft ist wie ein gewöhnlicher Bau. Nach dieser neuen Baumethode, durch die außerordentlich viel Zeit erspart und sogar im Winter gearbeitet werden kann, sind bisher in Deutschland nur drei Häuser, darunter das Bauhaus in Dessau, errichtet worden. Baubherr ist die Translog G. m. b. H., die das Gelände der ehemaligen Dragonerkaserne vom Reichsfiskus gepachtet und dort einen Großgaragenbetrieb eingerichtet hat. Außer dem Bau des Geschäftshauses und des Kinos ist für das nächste Jahr die Errichtung eines großen Kegelheims mit 50 Kegelbahnen und Sporträumen geplant. Die Bauarbeiten sind auch insofern interessant, als sie in gewissem Zusammenhang mit den Restaurierungen der Potsdamer Konferenz stehen, nach denen die militärischen Liegenschaften der alten Armee verkauft oder demontiert werden müssen, daß eine weitere Benutzung für militärische Zwecke ausgeschlossen ist. Die bisherige Ausnutzung des Geländes der Kaserne, ganz besonders die sehr im Angriff genommenen Bauvorhaben, werden dieser Forderung gerecht. Das ganze Bauprojekt erstreckt sich über ein Gelände von circa 50 000 Quadratmeter, von denen jetzt zunächst etwa 1000 bebaut werden.

Die Kaserne selbst bleibt jedenfalls vorläufig noch erhalten. Ihre Höfe und Stallungen sind jedenfalls schon seit längerer Zeit zu Autogroßgaragen und Tankstellen eingerichtet worden.

## Polizei als Berater, Erzieher und Freund.

Eine Konferenz im Polizeipräsidium.

Polizeipräsident Zörgiebel hatte am gestrigen Dienstag vormittag im Polizeipräsidium die Reviervorsteher der Groß-Berliner Polizeireviere und die Inspektionskommandeure versammelt, einmal, um sich den Herren persönlich vorzustellen und eine engere persönliche Verbindung mit ihnen herzustellen, zum anderen aber auch, um ihnen bestimmte Richtlinien über die Tätigkeit der Reviervorsteher vorzutragen. In der Besprechung nahmen außerdem der Polizeipräsident Dr. Friedensburg, Oberst Heymannsberg sowie verschiedene höhere Offiziere des Kommandos teil. Bei dieser Gelegenheit betonte der Polizeipräsident, es liege ihm besonders am Herzen, daß die Beamten der Polizeireviere möglichst enge Beziehungen zur Bevölkerung hätten, da ein solches gutes Verhältnis der Arbeit der Polizei zufallen könne. Die Sorgen und Nöte, die die Bevölkerung beschäftigen, sollten auch die Polizei beschäftigen, damit das Publikum immer mehr Vertrauen und Zutrauen zur Polizei gewinne. Dazu sei es notwendig, daß der Reviervorsteher sein Revier in- und auswendig kenne und möglichst viel in seinem Revier unterwegs sei. Beim Verkehr der Polizei mit dem Publikum müsse das Gebot der Zurückhaltung und Höflichkeit unter allen Umständen im Vordergrund stehen. In diesem Sinne sollten die Reviervorsteher auf die ihnen unterstellten Beamten einwirken. Auch den Beamten selbst gegenüber sollten die Reviervorsteher nicht nur Vorgesetzte sein, sondern Berater und Erzieher. Er lege besonderes Gewicht darauf, daß das Verhältnis der Vorgesetzten zu den unterstellten Beamten bei aller Wahrung der unbedingt notwendigen Disziplin ein gutes und kameradschaftliches sei, denn nur dann könne die Polizei ihre schwere Aufgabe so erfüllen, wie es zum Wohle der Allgemeinheit erforderlich sei. Die Tätigkeit der Polizei müsse in erster Linie vorbeugend wirken. Es sei nicht die Hauptaufgabe, Strafen zu verhängen, sondern Uebertretungen zu verhindern. Das gelinge oft mit ein paar ermahnenden und richtigen Worten viel besser als durch Strafverfügungen. Schließlich ging der Polizeipräsident dann noch auf die ab und zu laut werdenden Klagen über Mißhandlungen auf der Polizeiwache ein und erklärte dazu mit aller Bestimmtheit, daß er in jedem einzelnen Fall, wo derartige Mißhandlungen erwiesen würden, die sofortige Entlassung des zuständigen Beamten durchzuführen werde. Eine Entlassung Wehrloser auf der Polizeiwache sei eine bodenlose Freigabe, der man im Interesse des Namens der Gesamtheit der Polizei mit aller Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten müsse.

## Der ungeführte Revolver.

Tragisches Ende einer Freundschaft.

Mehrere Tage verhandelte das Potsdamer Schöffengericht in Brandenburg a. H. gegen den 29jährigen Kaufmann aus Brandenburg. H. war angeklagt, seine Freundin, die 22jährige Fabrikarbeiterin Wa. R. aus Brandenburg, vorzüglich, aber ohne Ueberlegung, getötet zu haben.

Am 9. Mai d. J. wurde die R. erschossen in der Wohnung des Angeklagten gefunden. Erst acht Stunden später war H. zur Polizei gegangen und hatte die Mitteilung gemacht, daß sich die junge Arbeiterin mit seinem Revolver, der stets geladen auf dem Tisch lag, im Alkoholrausch erschossen habe. Vor der Tat waren die beiden in einem Tanzlokal vergnügt zusammen. Mehrere Zeugen bezeugten, daß H. die Arbeiterin oft in seiner Eifersucht mit Erschlehen bedroht habe. Die R. hatte einen Abschiedsbrief hinterlassen, in dem sie mitteilte, sie müsse aus dem Leben scheiden, denn ihr Geliebter werde eine andere heiraten. Gerichtsarzt Chemiker Dr. Ripper aus Berlin nahm Veranlassung, sein Befremden über das Verhalten der Brandenburgischen Polizeibeamten am Tatort auszudrücken. Es seien z. B. von einem Polizeibeamten Schließversuche mit der Wadewaffe vorgenommen worden, trotzdem die Waffe Ladehemmungen aufwies. Ferner sind dem staatlichen Untersuchungsamt Sachverständige der Geleiten zur Untersuchung überwiesen, die vorher selber von Blut und Schußwundwirkungen gereinigt waren. All das habe dazu beigetragen, daß die Sachverständigen einen Selbstmord bzw. unglücklichen Zufall nicht für ausgeschlossen hielten. Der Psychiater Oberarzt Dr. Großmann von der Irrenanstalt Köpenick

# Ein städtisches Notstandsprogramm.

Hilfe den Erwerbslosen! — Was die Stadtverordnetenversammlung fordert.

Den von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion eingebrachten Antrag, der zur Milderung des Erwerbslosens durchgreifende Maßnahmen von der Stadt Berlin und vom Reich fordert, teilten wir bereits in Nr. 534 im vollen Wortlaut mit. Wir geben ihn heute noch einmal in der wenig geänderten Fassung wieder, die am Donnerstag von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden ist. Der Beschluß lautet:

### Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat:

1. ausreichende Arbeitsgelegenheit zu beschaffen a) durch eine weitaus verstärkte Förderung des Wohnungsbaues, b) durch sofortigen Beginn des Baues aller notwendigen Verwaltungsgebäude, c) durch Neubau und gründliche Renovierung von Schulgebäuden, d) durch Neu- und Ausbau von Badeanstalten und Krankenhäusern. Zur Förderung des Wohnungsbaues ist darauf hinzuwirken, daß der Hauszinssteueranteil Berlins entsprechend dem Berliner Einkommen erhöht wird. Da die bisherige Vergebung von Hauszinssteuerhypotheken den Interessen der wohnungslosen unterbemittelten Bevölkerung nicht genügend entspricht, sind in Zukunft Hauszinssteuerhypotheken weit mehr als bisher im Zusammenhang mit städtischen, durch Anleihen zu beschaffenden Zuschüssen zu vergeben. Bei der Vergebung solcher Bauvorhaben sind nur gemeinnützige Gesellschaften zu berücksichtigen;
2. die Vorlage neuer Projekte, die einer möglichst großen Zahl von Arbeitnehmern Lohn und Brot verschaffen, sofort vorzubereiten, da die Zahl der jetzt beschäftigten Arbeiter durch die Fertigstellung verschiedener Arbeiten in den nächsten Wochen erheblich sinken dürfte;
3. geeignete Maßnahmen auch zur Beschäftigung weiblicher Arbeitnehmer zu treffen, da in verschiedenen Industriezweigen in absehbarer Zeit überhaupt nicht an eine Wiedereinstellung der weiblichen Arbeitskräfte zu denken ist. In erster Linie müssen Mittel bereitgestellt werden, um es den Berliner Anstalten zu ermöglichen, ihre Bekleidungs- und Wäschebestände aufzufüllen. Zu diesem Zweck ist eine bedeutende Erweiterung der Betriebswerkstätten der Berliner Anstaltsgesellschaft notwendig;
4. zur Milderung der Not der Angefallenen die Einrichtung der Zeithilfen grundsätzlich zu beschließen, das Ueberstundenunwesen in der städtischen Verwaltung abzuschaffen und bei der Einstellung in

erster Linie langfristig erwerbslose Angestellte, besonders ältere und verheiratete, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage, des Familienstandes und der Eignung in Betracht zu ziehen;

5. die Notstandsaktion fortzusetzen und wie folgt zu erweitern: a) durch Gewährung freier Straßenbahnfahrt der Erwerbslosen zum Nachweisesnachweis sowie zu nachgewiesenen Arbeitsstellen, b) durch Einstellung von weiteren 5 Millionen Mark in den Etat für 1926/27, um den Unterstützungsbedürftigen noch zu Weihnachten eine besondere Zuwendung zukommen zu lassen;
6. die Fürsorge für die arbeitende Jugend zu verbessern und bei den zu treffenden Maßnahmen eine enge Verbindung zwischen Berufsberatung, Berufsschule und Jugendamt anzustreben;
7. bei allen Arbeiten, bei denen die Stadt oder ihre Gesellschaften als Arbeitgeber auftreten, dafür zu sorgen, daß nur die öffentlichen Arbeitsnachweise benutzt werden, tarifliche Entlohnung gewährleistet und der Achtundtag strikt eingehalten wird;
8. umgehend

auf die Reichsregierung dahin einzuwirken,

daß a) die Höhe der Erwerbslosenunterstützung weiter erhöht werden, b) die Befristung der Unterstützungsdauer aufgehoben wird, c) die Bedürftigkeitsklausel außer Kraft gesetzt wird, d) der Abschlag eine Milderung erfährt, e) die Pflichtarbeit fortfällt, f) die Notstandsarbeiter in ein freies Arbeitsverhältnis mit tariflicher Entlohnung treten, g) der Benutzungszwang der öffentlichen Arbeitsnachweise bei der Arbeitsvermittlung eingehalten wird, h) besondere Mittel für die Kommunen zwecks Maßnahmen zur gewerblichen Schulung der Altersstufen von 14 bis 16 Jahren bereitgestellt werden, i) schnellstens das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung in einer Form verabschiedet wird, die eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Fürsorgezustand aufweist, k) der Anmelde- und Benutzungszwang des öffentlichen Arbeitsnachweises bei der Arbeitsvermittlung eingeführt und das Verbot der Chiffreanzeigen ausgesprochen wird, wobei der Arbeitsnachweis berechtigt sein soll, in besonders geeigneten Fällen die anderweitige Beschaffung der gefundenen Arbeitskräfte gegen Sichtvermerk freizugeben, l) die Elektrifizierung der Stadtbahn schleunigst durchgeführt wird, m) der erste Satz im Absatz 2 des § 10 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 gestrichen wird.

bei Brandenburg führte aus, es sei psychologisch schwer zu verstehen, weshalb die Ida R. noch in die Wohnung ihres Freundes ging, wenn sie sich an ihrem Leben bedroht fühlte. Der Abschlechtsbesitz mutet eigenartig an. Es handelt sich hierbei vielleicht um eine phantastische Spielerei ihrer hysterischen Wesensart. Zu der Frage, inwieweit der Alkohol zur Tat mitgewirkt haben kann, äußert sich der Sachverständige dahin, daß Alkoholgenuss psychische Hemmungen zur Folge hat. Die Ursachen der Sachverständigen, ob der Schuß von dem Angeklagten oder seiner Freundin abgegeben ist, gingen sehr weit auseinander. Der Staatsanwalt ließ die Anklage auf Totschlag fallen und beantragte, fahrlässige Tötung anzunehmen. Das Schöffengericht verurteilte den bisher völlig unbeteiligten Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung zu neun Monaten Gefängnis. Sechs Monate wurden als durch Untersuchungshaft verbüßt erachtet. Für den Rest der Strafe wurden drei Jahre Bewährungsfrist ausgemittelt. Das Gericht erblickte in dem Herumlegen des entluderten Revolvers in der Wohnung des Angeklagten eine grobe unzeitliche Fahrlässigkeit.

## Der große Stettiner Einbruch aufgeklärt.

Der Täter in Berlin verhaftet.

Ein großer Geldschrankbruch wurde, wie seinerzeit schon mitgeteilt, in der Nacht zum 3. d. M. im städtischen Arbeitsamt zu Stettin verübt. Gestohlen wurden 54 000 Mark, die zur Auszahlung an die Erwerbslosen bestimmt waren. Von dem Täter war keine Spur zu finden. Man rechnete damit, daß er ein Berliner Spezialist für Geldschrankbrüche sein könnte.

Die Beamten des Sonderdezernats hatten nun schon seit einiger Zeit einen Mann beobachtet, der ihnen bisher nicht bekannt war, aber durch seinen Umgang verdächtig erschien. Es fiel ihnen auf, daß dieser Mann, der bisher unscheinbar und zum Teil schlecht gekleidet ging, plötzlich in „seiner Klust“ auftrat. Sie beobachteten ihn weiter und stellten fest, daß er in der Brunnenstraße Zahnärzte, Schneider und Friseur ausludte und sich immer seiner herauspuckte. Gestern abend tauchte der Mann in Pelz, Smoking und Lackstiefeln auf und ging wieder zum Friseur. Jetzt griffen die Beamten zu. Der Mann wurde entlarvt als ein 28 Jahre alter, aus Berlin gebürtiger Händler Otto Schulz, ein gemerbemäßiger Geldschrankknacker, der bisher in der Provinz „gearbeitet“ hatte. Schulz war zuletzt zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt und in der Strafanstalt zu Raugard untergebracht worden. Nach Verbüßung von 2½ Jahren war er am 27. Oktober dieses Jahres von einem Vorwerk, auf dem er arbeitete, in die Anstaltskleidung entlassen. In die Enge getrieben, gab er zu, daß er den Einbruch in Stettin verübt habe. Schulz war, wie festgestellt wurde, früher schon ein rechter Lebemann gewesen. Die große Beute sollte ihm dazu dienen, nach der schweren Zeit im Zuchthaus sein Zugulden wieder aufzunehmen. Das erste war, daß er sich ein neues Gehiß machen ließ und sich neu und vornehm einkleidete. In Berlin hatte er sich falsche Papiere verschafft, auf die er auch über die russische Grenze zu kommen hoffte. Die Koffer zu dieser Reise hatte er schon gepackt.

## Ueberfall auf einen Zigarrenhändler.

Ein Raubüberfall wurde am Dienstag abend in der Residenzstraße 53 zu Reinickendorf verübt. Ein Kaufmann Fritz Lötter, der dort ein Zigarrengeschäft betreibt, war am Abend allein im Laden. Bei Geschäftsschluß machte er die Vorder- und die Hintertür auf, um frische Luft in den Raum zu bekommen. Während er dann die Kasse nachzählte, kam ein junger Bursche von etwa 19 bis 20 Jahren herein und versetzte ihm mit einem stumpfen Gegenstand, wahrscheinlich einem Knüttel, einen Hieb über den Kopf. Zu gleicher Zeit gab er einen Schuß ab, der den Ladeninhaber aber nicht traf und ihn vielleicht auch nur erschrecken sollte. Lötter, der durch den Hieb eine große Beule beschreiben sollte, Lötter, der durch den Hieb eine große Beule beschreiben sollte, aber nicht betäubt wurde, raffte sich sofort auf, um sich dem Burschen, der es ohne Zweifel auf einen Raub abgesehen hatte, entgegenzusetzen. Der Räuber zog es aber jetzt vor, eiligt durch den Hinterausgang zu entfliehen und entkam. Erbeuten konnte er nichts.

## Der Typhus in Potsdam.

Wie vorausgesehen war, haben die Typhuserkrankungen in Potsdam im Laufe des gestrigen Tages eine geringe Zunahme erfahren. In das St. Josephs-Krankenhaus wurde ein Typhustranker und in das Städtische Krankenhaus vier Neuerkrankte eingeliefert, so daß seit Oktober, wo die ersten Erkrankungen auftraten, insgesamt 25 Typhusfälle zu verzeichnen sind. Vier davon werden jedoch bereits in den nächsten Tagen als vollkommen geheilt entlassen werden. Weitere Todesopfer hat die Krankheit bisher glücklicherweise nicht gefordert. Um eine weitere Ausbreitung des Typhus zu vermeiden, ist von der Potsdamer Gesundheitsbehörde jetzt angeordnet worden, daß bei jedem etwa neu auftretenden Typhusfall die gesamte Umgebung des Er-

krankten auf das Vorhandensein von Krankheitskeimen untersucht wird. Der Verlauf der Typhusfälle bewegt sich in den üblichen Bahnen.

## Der Tod der Tänzerin.

Im Rahmen des Dezemberprogramms trat auf der Bühne des Wintergartens eine Tänzerin Apofa auf, die jetzt auf furchtbare Weise ein Opfer ihres Berufes geworden ist. Auf der Suche nach Neuerungen verfiel diese Tänzerin auf den unglücklichen Gedanken, ihren Körper mit einer Bronzeinktur zu bedecken, um den Eindruck einer lebenden Bronzestatue hervorgerufen. Vor einigen Tagen erkrankte Apofa unter eigenartigen Blutvergiftungserscheinungen. Die feinen Bronzeleichen waren in eine geringfügige Hautverletzung geraten und hatten dort durch Grünspanbildung die furchtbare Infektion hervorgerufen. Die Tänzerin ist gestern dieser Vergiftung erlegen.

## Vom Meineide freigesprochen.

Frau W., über deren Prozeß wir gestern berichteten, ist freigesprochen worden. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht folgte aber den Ausführungen des Verteidigers Dr. Feld. Zwar erklärte die Urteilsbegründung, daß bei dem engen Zusammenwohnen der Frau W. mit dem G. ein Verdacht ebensolcher Handlungen nicht ausgeschlossen erscheine, daß jedoch bei der Gehässigkeit der Zeugen ihren Aussagen eine genügende Glaubwürdigkeit nicht beigemessen werden könne — insbesondere da es sich um eine Ehescheidungsache handelte. Ein weiches Urteil, gefällt unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Marschner. Man wünscht in Meineidsachen mehr solcher Urteile.

Die Reichseinheitskurzschrift beginnt sich durchzusetzen. Besonders bei den Behörden schafft sie sich immer mehr und mehr Eingang. In dem vergangenen Halbjahr hat ein oberer Verwaltungsbeamter, der gleichzeitig geprüfter Lehrer der Stenographie ist, 600 Innendienstbeamte und Angestellte (Damen und Herren) des Polizeipräsidiums Berlin in der Reichskurzschrift ausgebildet. Die Teilnehmer der Kurzschriftlehrgänge unterzogen sich einer Abschlußprüfung, die über Erwärnten gut ausfiel. Der Leiter der Lehrgänge, Polizeiobersekretär Krause, hat selbst ein Lehrbuch bei dem Verlag Gustav Seier, Berlin SO 16, Reichswehrstr. 15, herausgegeben, das bereits bei der Kriminalpolizei eingeführt ist.

## Zytophosphat! Donnerstag vormittag keine Übungsstunde.

Den Tag der goldenen Hochzeit feierten am Donnerstag, den 9. Dezember, unter alter Gemahle, der Tischler Richard Koss und seine Ehefrau Rosa, Keulstr. 72, Vol. 22. Der große Jubilar liegt zurzeit leider im Städtischen Krankenhaus nach Verbleib in Budon. Am 16. November wurde ihm wegen Altersbrand das rechte Bein abgenommen.

Ein neuer Sondervortrag über den Mars. Dr. Kricheldorf, der Veranstalter der ersten Mars-Ausstellung, wird am Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Hörsaal der Trevptow-Sternwarte einen mit zahlreichen vorzüglichen Licht- und Dreidimensionen, einem neuen Mars-Film und Experimenten ausgestatteten Vortrag halten.

## Sensationeller Worbprozeß in Dresden.

Dresden, 8. Dezember. Heute vormittag begann vor dem hiesigen Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schubert der auf mehrere Tage berechnete Prozeß gegen den Gärtner Krönert und dessen Geliebte, die Gerichtsassessorwitwe Auguste Donner geborene Hammer, wegen gemeinshaftlichen Mordes, begangen an dem Chemiker der Frau Donner. Beide werden beschuldigt, in vorräthiger Weise den Gerichtsassessor Otto Donner in der Nacht zum 16. April 1920 durch Erhängen getötet und, um das Verbrechen zu verschleiern, einen tödlichen Unglücksfall vorgetäuscht zu haben. Die Verteidigung Krönerts hat Rechtsanwalt Dr. Fleißchauer und die der Frau Donner Rechtsanwalt Dr. Pittrich übernommen.

## Ein ungewöhnliches Unglück.

Aus Preshburg wird uns geschrieben: In der Dynamit-Fabrik Zuckerfabrik in Preshburg stürzte der 37jährige Ingenieur Bohuslav Pospisil in einen fünf Meter tiefen Wasserbehälter, von dem aus eine zweihundert Meter lange Röhrenleitung zu einer großen Zentrifugalpumpe führt. Die Röhrenleitung ist am Anfang 35 Zentimeter, am Ende 25 Zentimeter stark. Der Verunglückte wurde nun, ohne daß ihm jemand helfen konnte, durch den Druck der arbeitenden Pumpe in das Rohr hineingedrückt und blieb erst am Ende der Leitung, wo das Wasser in eine Röhre abfließt, als Leiche hängen. Die Leiche war derart in die Röhre hineingepreßt, daß die Leitung am Ende abgepreßt werden mußte. Das Rohrstück, in dem sich die Leiche befand, wurde abgeschnitten, und die Leiche misamt dem Rohr in die Obduktionshalle gebracht. Erst dort gelang es, die Leiche bloßzulegen.

# Die Angestellten zur Arbeitszeitfrage.

Rundgebung des Afa-Driskartells.

In der am 6. Dezember im „Rheingold“ abgehaltenen außerordentlichen erweiterten Vertreterversammlung des Afa-Driskartells Berlin, die sehr gut besucht war, wurde das jetzt besonders aktuelle Thema „Angestellte — Arbeitszeit — Freizeit“ behandelt. Der Versammlung wohnte als Gast der Berliner Polizeipräsident Jürgel bei. Seine Begrüßung fand in der Versammlung einen besonderen Widerhall, da bekanntgeworden war, daß der Polizeipräsident die einseitigen Wünsche der Arbeitgeber auf Verlängerung der Geschäftszeit der offenen Ladengeschäfte in der Woche vor Weihnachten abgelehnt hat.

Otto Schweizer vom Butab behandelte das Arbeitszeitthema vom allgemein gewerkschaftlichen Standpunkte aus unter besonderer Berücksichtigung der Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und der bekannten Entscheidungen der Arbeitgeberverbände, die aus kapitalistischem Interesse nicht zugeben wollen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in ihren Endwirkungen der gesamten Wirtschaft zugute käme.

Als zweiter Redner beauftragte Professor Dr. Chajes das Problem der Arbeitszeit und Freizeit von gewerbehygienischer Grundlage aus. Er führte außerordentlich instruktives und wirkendes Zahlenmaterial an, gegen das von den Arbeitgebern eigentlich überhaupt keine Gegenbeweise erbracht werden können. Der als Sachmann auf gewerbehygienischem Gebiet allgemein anerkannte Redner hob vor allem auch den Nutzen genügender Freizeit für die Steigerung der Arbeitsintensität hervor.

Nach ihm behandelte Hedwig Wachenheim in eindrucksvoller Weise die kulturelle und ethische Seite des Problems. Sie wies darauf hin, daß der Arbeitnehmer, der im gegenwärtigen Produktionsprozeß mehr als je zum reinen Arbeitsknecht geworden sei, durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch Gewähr-

ung ausreichender Freizeit Gelegenheit bekommen müßte, Mensch im weitesten Sinne des Begriffes wieder zu werden.

Alle drei Vorträge fanden stärksten Beifall der Versammlung, die, unter dem tiefen Eindruck der Ausführungen stehend, auf eine Diskussion verzichtete.

Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: „Die am 6. Dezember 1926 tagende außerordentliche Vertreterversammlung des Afa-Driskartells Berlin hält die Verkürzung der gegenwärtigen vielfach übermäßig langen Arbeitszeiten der Angestellten auf das Höchstmaß von acht Stunden täglich und 45 Stunden wöchentlich nicht nur aus kulturellen und sozialhygienischen Gründen, sondern auch im Hinblick auf die nach wie vor trostlose Lage des Arbeitsmarktes der Angestellten für dringend geboten. Die Einwendungen der Unternehmerverbände gegen das von sämtlichen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen geforderte Notgebot zur Wiederherstellung des gesetzlich gesicherten Achtstundentages können in keiner Weise als stichhaltig anerkannt werden. Es ist durch nichts erwiesen, daß die Wiederherstellung des Achtstundentages zu einer allgemeinen Preissteigerung führen würde; im Gegenteil läßt die im letzten Jahre zweifelslos eingetretene Steigerung der Produktivität der deutschen Wirtschaft den Schluß zu, daß die von den Gewerkschaften geforderte Verkürzung der Arbeitszeit sehr wohl möglich ist, ohne daß eine Preissteigerung einzutreten braucht.“

Die Vertreterversammlung erklärt es für unmöglich, die Lösung des Arbeitszeitproblems bis zur Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes aufzuschieben, dessen Entwurf ohnehin den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft in keiner Weise gerecht wird. Sie fordert vielmehr die unverzügliche Aenderung der geltenden Arbeitszeitverordnung in dem von den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen verlangten Sinne.“

## Sür die erwerbslosen Schauspieler.

Das gewaltige Anwachsen der Zahl engagementsloser Schauspieler hat in den letzten Tagen die verantwortlichen Körperschaften der Gewerkschaftsbewegung veranlaßt, über Maßnahmen für eine durchgreifende Hilfe dieser unerschuldet ins Unglück geratenen Künstler zu beraten. Die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger hat bereits auf dem Wege organisierter Selbsthilfe gewaltige Mittel an ihre stilleseligen Mitglieder zur Auszahlung gebracht. Auf ihre Veranlassung hat der Afa-Bundesvorstand in seiner letzten Sitzung geprüft, inwieweit auch noch öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Beide Körperschaften kamen zu dem übereinstimmenden Ergebnis, daß sich insbesondere das Reich seiner Verpflichtung, die Erwerbslosen besser als bisher zu unterstützen, nicht entziehen dürfe.

Rachdem es den gelegentlichen Körperschaften nicht möglich gewesen ist, die Sätze für die laufende Unterstützung ausreichend zu erhöhen, wird verlangt, daß der Reichstag unverzüglich die Gewährung einer einmaligen Beihilfe an alle erwerbslosen Angestellten und Arbeiter beschließen müsse, die noch vor Weihnachten zur Auszahlung zu bringen sei. Der Bundesvorstand hat dabei betont, daß die 1925 beschlossene Weihnachtshilfe von insgesamt 5 Millionen Reichsmark eine lächerlich geringe Summe darstelle. Die zur Verfügung zu stellenden Reichsmittel für die Weihnachtshilfe müssen so hoch bemessen werden, daß aus der Gesamtsumme mindestens 5 Millionen Reichsmark für die Gruppe der Bühnengehörigen zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig brachte der Afa-Bundesvorstand sein tiefstes Bedauern darüber zum Ausdruck, daß in den letzten Tagen ein sogenannter „Reichsauswurf“ deutscher erwerbsloser Schauspieler ins Leben gerufen worden ist, der lebhaft den Jmed hat, die Agitation der Afa, unter den erwerbslosen Künstlern zu betreiben. Der Bundesvorstand weist es in Uebereinstimmung mit dem Präsidium der Bühnengenossenschaft mit Enttäuschung zurück, daß einzelne Parteien glauben, sich aus agitatorischen Gründen zum Rücken der durchwachten Glends unserer erwerbslosen Volksgenossen machen zu dürfen. Die Verwendung und Verteilung der zur Verfügung zu stellenden Reichsmittel für Erwerbslose kann nur unter Mitwirkung der dazu berufenen gewerkschaftlichen Organisationen vor sich gehen.

## Die Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter.

Hamburg, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Schlichtungsausschuß wurde am Montag über die Forderung der Hafenarbeiter auf Erhöhung des Schichtlohnes um 20 Proz. verhandelt. Nach einstündigen Verhandlungen ergab sich, daß eine Einigung mit den Vertretern des Hafenbetriebsvereins über diese Forderung nicht möglich war. Die Herren beriefen sich auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Rücksicht auf die Löhne in den Konkurrenzhäfen. Die Parteien entschieden sich für die Anrufung des Schlichters. Der Schlichter Stenzel hat bereits zu Montag, den 13. Dezember, Verhandlungen angefangen.

## „Betreuungsaktion“ für Saarbeamte.

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben: Die Reichsregierung plant eine „Betreuungsaktion“ für einen Teil der saarländischen Beamten. Noch vor Weihnachten soll an alle von Preußen und Bayern der Saarregierung zur Verfügung gestellten Beamten eine einmalige Beihilfe gezahlt werden, die bei den oberen Gehaltsstufen 120 Mark, bei den unteren Beamten bis zu 300 Mark beträgt. An die (der Saarregierung ebenfalls zur Verfügung gestellten) Staatsarbeiter und Sozialrentner scheint man dabei nicht gedacht zu haben. Diese beiden Kategorien haben doch wahrlich unter dem schlechten Franten die letzten Jahre mehr gelitten als

die oberen Beamten. Das ist jedoch nur ein Fehler, den die Reichsregierung in dieser Sache begeht.

Ein anderer besteht darin, daß sie den Beamten der oberen Befoldungsgruppen, die beim heutigen Frankenkurs von 1:6 die gleichen Einkommen beziehen, wie ihre Kollegen im Reich, das doppelte dessen gibt, was die schlecht besoldeten unteren Beamten erhalten. Die Unzufriedenheit über diese unterschiedliche Behandlung von Arbeitern und Beamten durch das Reich ist unter den Staatsarbeitern des Saargebietes außerordentlich groß. Von der politischen Seite gesehen, stellt diese Politik eine direkt sträfliche Dummheit dar und könnte, wenn die Saarbevölkerung nicht absolut fest wäre, unsehlame Folgen haben, indem sie den Elementen, die sich die ganzen Jahre hindurch vergeblich bemühen, Zerlegung in die Saarbevölkerung zu tragen, nunmehr, wo man mit einer baldigen Rückkehr zu Deutschland rechnet, noch einmal eine wirklich gute Gelegenheit bieten, einen Teil der Bevölkerung gegen das eigene Land aufzuwiegen. An der Vergeßlichkeit solcher Versuche wäre die Reichsregierung wahrhaftig unschuldig. Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes hat sich in einer Eingabe an die Reichsregierung gemeldet, und sie auf die schädliche Wirkung ihres Mißgriffs aufmerksam gemacht.

## Die skandinavisch-baltische Konferenz.

Ueber die Bedeutung der skandinavisch-baltischen Konferenz, die dieser Tage in Stockholm stattfand, machte Genosse Dubegeest, der als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes an der Tagung teilnahm, der Presse folgende Mitteilungen: Die an der Konferenz beteiligten Länder liegen zum Teil weit vom Zentrum Europas entfernt, und daher ist zwischen ihren Gewerkschaftsbewegungen mehr gegenseitige Fühlung notwendig. Bisher bestand allein der skandinavische Ausschuß, der jedoch durch das organisatorischschädliche Auftreten der norwegischen Kommunisten auseinandergefallen ist. Die Gewerkschaftsbewegung der baltischen Länder wird von einer engeren Verbindung mit der skandinavischen Gewerkschaftsbewegung große Vorteile haben. Ferner wird die Konferenz sicher wieder zu einem Anschluß der norwegischen Gewerkschaftsbewegung an den IGB führen.

In Estland ist bisher das Aufkommen einer zentralisierten Gewerkschaftsbewegung durch den scharfreaktionären Kurs der Regierung behindert worden. Dieser Kurs trieb große Arbeitergruppen in das Lager der Extremisten. In Litauen, wo bisher die Gewerkschaftsbewegung zeitweilig stark unter katholischen Einfluß stand, kam im Oktober ein moderner Gewerkschaftsbund zustande, der jetzt um Anschluß an den IGB nachgesehen hat.

Norwegen hat sich 1922 von der Gewerkschaftsinternationalen abgetrennt, um gegenüber der von den Kommunisten verursachten Parteispaltung die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu bewahren. Vor kurzem ist es dem Sekretär der Sozialistischen Internationalen, Friedrich Adler, in Oslo gelungen, die Wiedervereinigung der beiden politischen Parteien zustande zu bringen. Damit bestehen jetzt für den Wiederanschluß des norwegischen Gewerkschaftsbundes keine Schwierigkeiten mehr.

Auch Finnland wird sich wahrscheinlich binnen kurzem dem IGB anschließen. Allerdings arbeitet in Finnland sehr stark die russisch-kommunistische Propaganda. Darin liegt der Grund, weshalb der finnische Gewerkschaftsbund bis jetzt noch nicht den Anschluß an Amsterdam gefunden hat. Kommt jedoch die beabsichtigte engere Verbindung zwischen den skandinavischen und baltischen Ländern zustande, dann kann Finnland nicht länger in der Isolierung verharren. In Lettland hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit eine sehr ansehnliche Gewerkschafts-

Bewegung entwickelt. Während sie noch 1921 von der Gewerkschaftsinternationalen unterstützt werden mußte, um ein eigenes Organ unterhalten zu können, zählt gegenwärtig der lettlandische Gewerkschaftsbund 20 000 gut organisierte Mitglieder. Sein Einfluß auf die Hebung der Existenz der lettlandischen Arbeiter und den Fortschritt in der sozialen Gesetzgebung ist unerkennbar.

## Jugend- und Bildungsfragen.

Internationales gewerkschaftliches Komitee.

(IGB.) Das vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes eingesezte Internationale gewerkschaftliche Komitee für Jugend- und Bildungsfragen ist nunmehr definitiv errichtet worden und setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

J. B. Bowen, England: 43, Cremwell Road, South Kensington, London SW 7. (Generalsekretär des Verbandes der Postangestellten und Mitglied des Generalkrats des englischen Gewerkschaftsbundes.) Hans Hansen, Dänemark: Østergade 31, Aarhus. (Sekretär des sozialdemokratischen Jugendverbandes.) C. van der Lende, Holland: Amstel 224, Amsterdam. (Sekretär der holländischen Gewerkschaftszentrale.) Walter Raschke, Deutschland: Inselstraße 6, Berlin S. 14. (Jugendsekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.) Josef Prácel, Tschechoslowakei: Na Berštině c. 11, Prag 1. (Sekretär der tschechoslowakischen Gewerkschaftszentrale.) Pierre van Maldere, Belgien: Joseph Stevensstraat 8, Brüssel. (Redakteur von „Le Mouvement Syndical belge“.) Als Stellvertreter für das noch zu ernennende französische Mitglied.

Das Komitee wird die Aufgabe haben, bei Angelegenheiten, die Jugend- und Bildungsfragen betreffen, dem Vorstand des IGB beratend zur Seite zu stehen und gleichzeitig die Voraussetzungen zu untersuchen, die zum Zusammenarbeiten mit anderen Jugend- und Bildungsorganisationen der Arbeiterschaft führen können.

## Die Gewerkschaften in Japan.

Japan ist eines der wenigen Länder, in denen trotz einer verhältnismäßig schlechten Wirtschaftslage die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eine ständige Zunahme aufweist. Nach einer Feststellung des „Bureaus für soziale Angelegenheiten“ betrug

in den Jahren	die Zahl der Verbände	ihre Mitgliederzahl
1922	387	137 491
1923	432	125 551
1924	447	175 454
1925	490	234 000

Seit dem Jahre 1922 ergibt sich also eine Zunahme der Zahl der Verbände um 27 Proz. und der Mitgliederzahl um 70,2 Proz. Neben diesen Facharbeiterverbänden besteht der Verband der Farmer, der etwa mit dem Landarbeiterverband zu vergleichen wäre; ihm sind etwa 70 000 Familien angegliedert.

Die Gesamtzahl der Arbeiter Japans beläuft sich nach Ermittlungen der statistischen Abteilung des „Bureaus für soziale Angelegenheiten“ auf etwa 9 880 000; davon waren Ende Juni 1925 4 348 711 (2 892 409 männliche und 1 456 302 weibliche Personen) in der Industrie beschäftigt. Vergleicht man hiermit die Zahl der organisierten Arbeiter (231 753 männliche, 9196 weibliche), so ergibt sich, daß 0,77 Prozent der männlichen und 0,03 Proz. der weiblichen Bevölkerung Japans (insgesamt 0,4 Proz.) gewerkschaftlich organisiert sind und daß ferner im Verhältnis zu sämtlichen Industriearbeitern 8,0 bzw. 0,6 Proz. männliche und weibliche Personen Arbeitnehmerverbänden angehören.

Auf die einzelnen Gewerbegruppen verteilen sich die organisierten Arbeiter wie folgt:

Gewerbegruppen	Oktober 1924		Oktober 1925	
	Zahl der Verbände	Zahl der Mitglieder	Zahl der Verbände	Zahl der Mitglieder
Metallindustrie	51	85 200	51	92 040
Textilindustrie	8	10 000	11	11 525
Chem. Industrie	10	3 200	19	6 229
Nahrungsmittelg.	6	9 200	8	4 553
Druckereigewerbe	12	4 100	15	8 884
Verdienstgewerbe	31	8 600	53	15 284
Verkehrsgewerbe	18	69 400	30	92 490
Bergbau	4	3 300	5	2 943
Baugewerbe	6	2 600	12	4 901
Elektrizitätsindust.	4	1 500	8	1 976
Handelsgewerbe	—	—	2	429
Insgesamt	130	191 300	209	240 949

In allen Gewerben, außer in der Elektrizitätsindustrie, weist die Zahl der Verbände in der Zeit vom Oktober 1924 bis Oktober 1925 eine Zunahme auf, gleichzeitig zeigt sich, außer im Bergbau, eine Erhöhung der Mitgliederzahlen.

Neuerst gering ist die Zahl der Organisierten in der japanischen Textilindustrie, in welcher 938 842 Arbeiter beschäftigt, aber nur 11 525 Verbandsmitglieder sind. Wenigstens fünfzig liegen die Verhältnisse in der Metallindustrie (320 374 Arbeiter), im Druckereigewerbe (40 354 Arbeiter) und im Wassertransportgewerbe (162 000 Arbeiter). Hier sind 41 Proz., d. h. 66 640 Arbeiter Mitglied einer Organisation.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Genosse Albert Thomas, wird, wie wir hören, am 15. Dezember in Berlin eintreffen. Sein Aufenthalt in Deutschland ist auf etwa acht Tage berechnet.

Vund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Berlin. Gemeinnützige Mitgliederversammlung der Fachgruppen Baugewerbe, Architekten und Steinmetzmeister, morgen Donnerstag abend 7½ Uhr, im „Rollenhor-Raffin“, Berlin W., Rikstrasse 41.

Heruntergeladen von: Dr. Curt Geper; Wirtschaft: Ernie Göttern; Gewerkschaftsbewegung: J. Göttern; Architektur: A. G. Böcher; Soziale und Politische: Fritz Kautsky; Anzeigen: Th. Gluck; sämtlich in Berlin. Berlin: Bornstraße-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Bornstraße-Buchdruckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H. Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

**Beste Qualität ist billigster Einkauf**  
Aus eigener **Bäckerei** stets **frischergebackener Kaffee**:  
Pfund 2,50 3,20 3,80 4,50 4,80 5,00  
von feinem Geschmack, Aroma und Ergiebigkeit.  
Echt Chin. u. Indischer Tee Pfund 4,80 6,00 8,00 8,50 Rm.  
Schokolade, Kakao, Keks, Konfitüren, Backbrot  
Neue Hülsenfrüchte, Eier-Nudeln, ff. Auszugmehl  
**Feinkostwaren, feine Liköre und Spirituosen**  
Gut gepökelte gelazerte **Wurst-, Rot- und Weißwurst**.  
Echte Braunschw., Thür. u. Westf. Wurst- u. Fleischwaren.  
**Butter- und Käse-Handlung**  
**Rudolf Fink, Berlin NW 21, Turmstr. 6**  
vis-à-vis Kriminalgericht  
**Alt-Moabit 83 und Uhlandstraße 100.**  
Gemüse, Konserven und Früchte.

**Berliner Elektriker Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe  
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 6525, 6526  
Filiale Westen, Wilmersdorf  
Landhausstr. 4. Tel.: Plötzburg 9831  
Ausstellungsräume und Lager:  
Alexanderstraße 39-40 (Alexander  
Passage), Telefon: Königsstadt 540  
Herstellung elektr. Licht-,  
Kraft- und Signalanlagen. Ver-  
kauf aller elektr. Bedarfsartikel  
Ausführ. sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**BONGS GOLDENE KLASSIKER-BIBLIOTHEK**  
**NEUE BILLIGE PREISE**  
Jeder Ganzleinenband 3 M  
Jeder Ganzleiderband 6 M  
Goethe 5 Bde., E. T. A. Hoffmann 7 Bde.  
Schiller 5 Bde., Meine 5 Bde., Keller 5 Bde.  
Lessing 4 Bde., Storm 3 Bde., Reuter 5 Bde.  
Shakespeare 5 Bde., u. a. m.  
Anerkann wertvolle Ausgaben  
**Belle Friedens-Ausgaben**  
Holzfreies Papier-Litho-Goldprägung  
Zu beziehen durch  
**J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.**  
vorm. Vorwärts-Buchhandlung  
Berlin SW. 68, Linden-Strasse 2.

**Zum Weihnachtsfest**  
bessere ich fugenlose  
**Trauringe**  
1 Ring 900 gest. (Dukatengold) 7 gr. schwer M. 26,50  
1 - 585 - 5 - 14,00  
1 - 333 - 4 - 7,00  
Ges. geschützt gratis! Ständig ca. 3000 Stück auf Lager  
Gravierern gratis, zum Mitnehmen  
**Armband- u. Taschen-Uhren**  
von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung in großer Auswahl  
**Nur bis Weihnachten 10 Prozent Rabatt.**  
**Hermann Wiese, Berlin N. 24, Artilleriestr. 30**  
W. Passauer Str. 12

**Korbmöbel! Sonderangebot!**  
An Private zu Einzelpreisen.  
Eigene Fabrikate in gediegenen  
Ausführungen kaufen Sie in  
gro. er Auswahl und billig bei  
**Wilhelm Schulze**  
Monbijouplatz 12, Hof part.  
Nähe Hackescher Markt  
Zahlungserleichterung  
Telephon: Alexander 4112  
**Besonders billig!**  
Wirksam sind die KLEINEN  
ANZEIGEN in der Gesamtauflage  
des „Verkehrs“ und trotzdem

**Berliner Uik-Trio**  
Neukölln, Lahnstr. 74/75  
**Deutscher Republikanischer Reichsbund**  
Ortsgruppe Berlin  
der Sammelpunkt der  
demokratisch und sozial  
eingestellten Republikaner  
Anmeldungen nimmt entgegen und Aus-  
kunft erteilt der ehrenamtl. Geschäftsführer  
Bürgermeister Paul Hesselein, Berlin-  
Lichterfelde-West, Hortensienstr. 40.

**Total-Ausverkauf**  
zu sensationell billigen Preisen!  
Bekannt als Qualitätsware  
**Wiener Pelz-Haus**  
Leipziger Straße 89 Ecke Markgrafensirabe  
gegenüber Seldens Nicola  
ladten / Mäntel / SkunkS / Fische / Muffen / Hüfe